



Aufbruch wagen – mit einer neuen Politik Oberursel nachhaltig gestalten

**Vereinbarung über die Zusammenarbeit
der Stadtverordnetenfraktionen
von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Vor uns liegen herausfordernde Zeiten. Die Bewältigung der Corona-Krise, deren Folgen für die städtischen Finanzen und gleichzeitig der dringende Handlungsbedarf bei Klimaschutz, Bau des Gefahrenabwehrzentrums, Sanierung des Rathauses und der Anpassung der Infrastruktur an das erfolgte Wachstum der Stadt. Dafür braucht es Stabilität, Verlässlichkeit und Zukunftssinn.

Die Wähler*innen haben bei der Kommunalwahl ein deutliches Signal für einen neuen Aufbruch und Verlässlichkeit gesetzt. Diesen Auftrag nehmen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als die beiden stärksten Fraktionen an und vereinbaren für die Wahlzeit 2021 - 2026 eine offene Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung. Diese Zusammenarbeit schließt keine demokratische Kraft aus, sie ist vielmehr eine Einladung, Gemeinsamkeiten zu suchen und zu entwickeln.

CDU und GRÜNE wollen gemeinsam eine neue Politik wagen und mit allen demokratischen Fraktionen und Oberursels Bürgerinnen und Bürgern Oberursel nachhaltig, sozial, ökologisch und ökonomisch stabil gestalten.

Wir wollen gemeinsam in schwierigen Zeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und so die Tugenden, die Oberursel stark machen, weiterführen. Der soziale Zusammenhalt zeichnet Oberursel aus, dies müssen wir mit Stärkung der Vereine, der Förderung von gesellschaftlichem Engagement und dem Ausbau der sozialen Strukturen weiter fördern.

Die Folgen des Klimawandels haben unsere Stadt längst erreicht. Hier ist es bereits „5 nach 12“ und Zeit zu handeln. Wir sehen in der globalen und menschengetriebenen Erwärmung die größte Herausforderung unserer Zeit. Wir in Oberursel werden unseren Beitrag zur Erreichung des im Pariser Klima-Abkommens festgelegten 1,5 Grad Zieles auf kommunaler Ebene leisten. Als Stadt möchten wir dabei auch vorbildlich mit ambitionierten Projekten und Maßnahmen vorangehen. Um Oberursel zukunftsfest zu machen, stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels und der ökologischen Nachhaltigkeit. Wir wollen eine nachhaltige Stadtentwicklung und einen entschlossenen Klimaschutz.

Einen neuen Politikstil wagen – das bedeutet für CDU und GRÜNE eine politische Kooperation einzugehen, um Oberursel verlässlich zu gestalten. Zur Aktivierung des Gemeinnsinns sprechen wir eine Einladung zu vorurteilsfreien Diskussionen und gemeinsamen Entscheidungen an unsere künftige Bürgermeisterin, Antje Runge, aus, ebenso an alle demokratischen Fraktionen und die Einzelvertreterin der Klimaliste.

Wir wollen das starre Politik-Modell „Koalition gegen Opposition“ aufbrechen. Als deutliches Zeichen dafür haben wir uns in einem ersten Schritt darauf geeinigt, alle Vorsitze der Ausschüsse den anderen Fraktionen anzubieten.

Die Herausforderungen, vor denen unsere Stadt und unsere Gesellschaft stehen, werden wir nur meistern, indem wir gemeinsam der Stadt Bestes suchen!

1. Soziales, Bildung und Kultur: Städtische Strukturen stärken – mit Vereinen Oberursel prägen

Kinder, Jugend und Senioren

Oberursel ist eine Stadt mit einem breiten Angebot sozialer Leistungen für Familien, Jugendliche und Senioren. CDU und GRÜNE werden diese Strukturen stärken und gemeinsam Ergänzungen auf den Weg bringen.

Wir wollen den Erhalt und die Weiterentwicklung des Projekts „Frühe Hilfen“ gewährleisten. Die Betreuungsinfrastruktur muss an die gewachsene Stadt angepasst werden, hier stehen wir hinter dem konsequenten und nachhaltigen Ausbau der Kinderbetreuung. Kinder aller Altersklassen sollen einen Betreuungsplatz erhalten. Des Weiteren unterstützen wir eine Verbesserung der Strukturen und Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege mit dem Ziel der Förderung von Zusammenschlüssen und Vertretungsmodellen in Zusammenarbeit mit den Krippen.

GRÜNE und CDU bekennen sich zu dem Ziel, Kinderbetreuungseinrichtungen als Bildungseinrichtungen kostenfrei anbieten zu können. Dies kann allerdings nur gemeinsam von Bund, Land und Kommunen finanziert werden.

Für CDU und GRÜNE ist es selbstverständlich, in der Zeit der Pandemie mit eingeschränkten Betreuungszeiten die Gebühren nicht anzuheben.

Da wir eine bessere Bezahlung der Erzieher*innen erreichen wollen, soll eine Erhöhung der Gebühren mit dem Stadtelternbeirat dahin gehend beraten werden. Hierbei wird ein Gebührenmodell, das nach Einkommen gestaffelt ist, aufgrund der hohen Verwaltungskosten abgelehnt.

CDU und GRÜNE bekennen sich ausdrücklich zu der breiten Trägervielfalt von Kinderbetreuungseinrichtungen, die ausdrücklich eine städtische Trägerschaft von Kindergärten und Hort einschließt.

Möglichkeiten zu Einsparungen im Bereich der Kitakosten sollen verstärkt geprüft und umgesetzt werden. Beim Thema Hortbetreuung soll geprüft werden, ob sich diese nicht besser und günstiger über den „Pakt für den Ganzttag“ darstellen lässt.

Wir treten entschieden für den Erhalt und Ausbau der Mobilen Jugendarbeit ein. Hier soll eine Erarbeitung von Konzepten attraktiver Angebote für die Jugend, gemeinsam mit der Jugend erstellt werden; mit dem Hauptaugenmerk, Vorhandenes zu stärken und auszubauen. Diese Konzepte sollen nach Möglichkeit auch in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ortsbeiräten erörtert und umgesetzt werden.

Die Arbeit im Café Portstraße „Jugend und Kultur“ wollen wir stärken und ausweiten.

Das Projekt „Alberti“ soll weiter konstruktiv begleitet und zum Erfolg geführt werden.

Themen aus dem Bereich „Senioren“, die nicht im unmittelbaren Einflussbereich der Stadt liegen, sind ebenfalls von Bedeutung. Wir wollen mit dem Pflegenetzwerk in Dialog treten, um insbesondere die Kurzzeit- und Tagespflege zu stärken.

Sozialpolitik als Innenstadtbelebung

Sozialpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Innenstadtbelebung. Die Stadtbücherei ist dabei ein wesentliches Element der Innenstadt und soll dort auch verbleiben, der bestmögliche Ort ist dabei offen. Ziel muss es sein, die Stadtbücherei nachhaltig weiter umzugestalten, so dass ein modernes Medienzentrum auch in Zukunft attraktiv für alle Altersklassen bleiben kann.

Vereine, Brauchtum, Kultur, Ehrenamt

Die Vielfältigkeit der Vereine in Oberursel ist einzigartig. Diese Vielzahl der Vereine ermöglicht es allen Bürger*innen mit unterschiedlichsten Interessen, sich zu engagieren und individuell einzubringen. Vereine, Brauchtum, Kultur und Ehrenamt bereichern unser Stadtleben. Dieses ehrenamtliche Engagement wollen CDU und Grüne weiter stärken und fördern.

Wir setzen uns ein für eine projektbezogene und zielgerichtete Vereinsförderung unter Einbeziehung des Klimaschutzes. Hier sollen bei Neu- und Umbauten, aber auch in der Pflege von vereinseigenen Grünflächen Projekte und Aktionen unterstützt werden, die einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Traditionsveranstaltungen sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Diese Veranstaltungen sollen möglichst umweltverträglich und klimaschonend gestaltet werden.

Integration und Inklusion

Wesentliches Leitbild für eine vielfältige Stadt ist das Thema Integration und Inklusion. CDU und GRÜNE bekräftigen die Bemühungen, in allen Bereichen den Grundgedanken Inklusion weiter zu verankern und Vereine und Institutionen zu beraten.

Wir befürworten die wertvolle Arbeit der ehrenamtlichen Netzwerke für Neubürger jeder Herkunft, die helfen, sie zu integrieren und unterstützen heimisch zu werden. Wir möchten die Bemühungen, Sprachbarrieren zu reduzieren, in Kindergärten und in der Betreuung von Flüchtlingen weiter intensivieren. Wir wollen eine Lösung finden, die Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen in den Mobilheimen zu beenden. Die aktive Sozialbetreuung erachten wir als gute Investition in eine bestmögliche Integration.

2. Klima- und Umweltschutz, Mobilität und Stadtentwicklung

Klima- und Umweltschutz

Die Stadt Oberursel leistet vorrangig ihren Beitrag zur Erreichung des im Pariser Klimaabkommen festgelegten 1,5 Grad Zieles. Dabei übernimmt die Stadt eine Vorbildfunktion und geht mit ambitionierten Projekten und Maßnahmen voran. So soll erreicht werden, dass möglichst viele Menschen, Vereine und Institutionen, Firmen und Gruppierungen sich mit Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Einflussbereich beteiligen und so gemeinsam schnellstmöglich das Ziel "Klimaneutralität" umgesetzt werden kann. Das schon bestehende Klimaschutzkonzept wird dafür überarbeitet und an dieses Ziel angepasst.

Die Stelle des Klimaschutzmanagers wird entfristet und seine Zuständigkeit auf alle klimaschutzrelevanten Bereiche ausgeweitet. Er legt jährlich einen Rechenschaftsbericht über die durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen, die Projekte für das nächste Jahr und dem aktuellen Stand der Stadt auf dem 1,5 Grad Pfad vor.

Es ist notwendig, die Stadt widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen, z.B. durch Stadtbegrünung, offene Wasserflächen, Retentionsflächen, Verhinderung von Schottergärten, Fassaden- und Dachbegrünung, mehr Stadtgrün, Regenwasserzisternen und Schutz der Kaltluftgebiete.

Bei der Entwicklung von Maßnahmen und Konzepten sind Förderprogramme einzubeziehen. Nach Erhalt des Förderbescheids des Landes für das Klimaanpassungskonzept soll dieses zeitnah beauftragt werden.

Die Stadt übernimmt eine Vorreiterrolle im Klimaschutz, z.B. durch Umstieg auf Elektromobilität, Ausrichtung des städtischen Beschaffungswesens auf Nachhaltigkeit, klimaefiziente Sanierung von städtischen Gebäuden, inkl. Nutzung von erneuerbaren und klimafreundlichen Energieformen zur Wärme- und Stromversorgung und Festlegung eines hohen Energieeffizienzstandards. Die anstehende Sanierung des Rathauses soll dafür ein Vorzeigeprojekt sein.

CDU und GRÜNE sind sich einig, dass, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen hergestellt sind, per Satzung eine auf die örtlichen Verhältnisse angepasste kommunale Solarpflicht für Neubauten eingeführt werden soll.

Wir wollen die Flächenversiegelung im Stadtgebiet messbar begrenzen, die städtischen Grünflächen klimafest machen und die Fließgewässer konsequenter schützen. Die Uferrandstreifen (10 m.) verbleiben im Eigentum der Stadt. In zukünftigen Bebauungsplänen werden die private Nutzung, Veränderungen am Bachlauf und die Einzäunung ausgeschlossen.

Die Stadt engagiert sich verstärkt beim Thema Müllvermeidung und -verwertung. Ziel ist es, den Anfall von Müll im Stadtgebiet zu minimieren und bessere Konzepte für die

Verwertung von Abfall zu entwickeln und zu fördern. Dabei orientiert sie sich an dem Konzept der „Zero-Waste-City“. In diesem Zusammenhang wollen wir auch etwas gegen die zunehmende „Vermüllung“ der Stadt im Umfeld von (Fastfood und Imbiss-) Gaststätten unternehmen. Hier soll die Einführung einer satzungsbasierten Rücknahme- und Pfandpflicht für Gläser, Besteck und Geschirr für die Gastronomie in der Stadt geprüft und eingeführt werden.

Für die Bewirtschaftung und Pflege städtischer Flächen im gesamten Stadtgebiet soll ein Konzept erarbeitet werden, in dem festgelegt wird, welcher Grad von Naturbelastung, Rückschnitt und Pflegeintensität wo anzuwenden ist. Für die Stadtbäume und Parks soll ein Baumpflege- und Bewässerungskonzept erstellt werden.

Mobilität

Wir wollen Schritte in Richtung einer zukunftsweisenden Mobilität machen, die alle Verkehrsteilnehmende berücksichtigt, insbesondere die Menschen, die zu Fuß gehen, Rad fahren und aufgrund ihres Alters ein besonderes Mobilitäts- und Schutzbedürfnis haben, wie Kinder und Senioren. Die Alternativen zum Autoverkehr sollen attraktiver werden. Die Stärkung der Fahrradmobilität soll bis Ende der kommenden Legislaturperiode deutlich sichtbar sein. Der Benchmark dafür ist ein deutlich besseres Abschneiden der Kommune beim Fahrradklimatest des ADFC.

Die Stadt forciert und fördert das Projekt "Radschnellweg Vordertaunus - Frankfurt" in ihrem Verantwortungsbereich. Dabei sind neben der Vorzugstrasse A aus der Machbarkeitsstudie, die über den Bahnhofsvorplatz führt, auch alternative Trassenführungen vertieft zu prüfen. Zusätzlich soll sichergestellt werden, dass die Radfahrer auf gut ausgebauten Radwegen aus den Ortsteilen zum Radschnellweg kommen.

Neben dieser Ost-West-Verbindung, wollen wir auch die Nord-Süd-Achse durch die Schaffung einer durchgängigen, gut ausgebauten Radwegeverbindung von der Hohe- mark, über Bommersheim in Richtung Niederursel für Radfahrer attraktiver machen. Im Bereich des ÖPNV soll der Stadtbus durch Taktverdichtungen, insbesondere nach Oberstedten, ausgebaut werden. Die Stadtbusse sollen in Zusammenhang mit der in einigen Jahren anstehenden Neuausschreibung auf lokal emissionsfreie Antriebe, wie Wasserstoff- oder Elektroantrieb, umgestellt werden. Das Stadtbussystem wird durch „On Demand“-Angebote oder Sammeltaxis ergänzt.

Welt- und europaweit geht die Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs in Richtung Elektromobilität. Diesen Wandel wollen wir in Oberursel unterstützen u.a. durch den Ausbau moderner Elektroschnellladestationen im Stadtgebiet und Schaffung von Lademöglichkeiten auch für „Laternenparker“. Uns ist dabei bewusst, dass sich die Wirtschaftlichkeit mancher Standorte erst nach einer längeren Anlaufphase einstellt. Wir wollen ein neues Parkraumkonzept erstellen, u.a. mit der Einführung des Bewohnerparkens, der Bevorrechtigung von Elektrofahrzeugen und Car-Sharing. Hier wollen wir alle drei Jahre überprüfen, ob diese Privilegierung noch notwendig und angemessen ist.

Die Anbindung der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße ist ein zentrales Infrastruktur- und Verkehrsprojekt für Oberursel. Das Projekt wollen wir in dieser Wahlzeit mit Priorität voranbringen, sodass bis zur nächsten Wahl zumindest der Satzungsbeschluss erfolgt ist. Die Umsetzung eröffnet viele Optionen für eine Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr und zur weiteren Verkehrsberuhigung.

Wir wollen in dieser Wahlzeit deutliche Schritte zu einer Verkehrsberuhigung in der Innenstadt machen. Vorrang dabei hat der Bereich Eppsteiner Straße/Marktplatz, der aktuell zur grundlegenden Sanierung ansteht. Hier könnten auch Konzepte wie „Shared Space“ zum Tragen kommen. Wir wollen untersuchen lassen, wie sich die Bereiche untere Altstadt und Holzweg vom Parksuchverkehr entlasten und beruhigen lassen.

Für die Stadtteile Weißkirchen, Stierstadt und Bommersheim sollen Verkehrskonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Eine Öffnung des Seedammwegs für den motorisierten Individualverkehr ist nicht vorgesehen.

Stadtentwicklung

Mit dem Stadtentwicklungsplan STEP soll ein langfristiges Entwicklungskonzept für Oberursel formuliert werden. Als informelles Steuerungsinstrument werden damit Entwicklungsschwerpunkte und Leitlinien für die mittel- bis langfristige Planung definiert. Dabei wird zur Beschleunigung des Prozesses auf die Ergebnisse des vorhandenen Planentwurfes aufgebaut.

Die rasche bauliche Entwicklung der zurückliegenden Jahre hat das Gesicht von Oberursel zunehmend verändert und verdichtet. Um die Bautätigkeit in ruhigere Bahnen zu lenken, sollen vorerst keine neuen Wohn-Großprojekte in Angriff genommen werden. Auf die weitere Ausweisung von Wohnbebauung im Außenbereich wird verzichtet. Die begonnenen oder in Planung befindlichen Projekte werden zu Ende geführt und parallel die Infrastruktur für Kinderbetreuung, Spielplätze und Verkehr dem gewachsenen Bedarf angepasst. Die Grundsatzbeschlüsse bezüglich preiswerten und sozial gebundenen Wohnraums gelten auch weiterhin für die Bauprojekte. CDU und GRÜNE setzen sich zum Ziel, mindestens 100 Wohneinheiten in preiswertem Wohnraum zu schaffen, davon sollen mindestens 50 Wohnungen sozialhilfefähig sein, gemäß der jeweiligen Mietobergrenzen des Hochtaunuskreises

An den Ortsrändern werden wichtige Agrar- und Naherholungsflächen erhalten. Eingriffe in die Natur werden nur toleriert, wenn sie minimiert und bestmöglich ausgeglichen werden. Ein Zusammenwachsen der Siedlungsflächen mit den Nachbarstädten soll verhindert werden, insbesondere nutzt die Stadt alle ihre Möglichkeiten um eine Bebauung westlich der A5 (Frankfurt Nord-West) zu verhindern.

Die Sanierung des Rathauses wird mit hoher Priorität weiterverfolgt. Diese erfolgt nach höchstmöglichen energetischen Standards unter Wahrung der Finanzierbarkeit. Für die Stadtverordnetenversammlung wird ein eigener Sitzungssaal vorgehalten. Ob dafür der

jetzige Saal erhalten wird, oder ein neuer Sitzungssaal im Gebäude geschaffen wird, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt offen. Es wird fachlich geprüft, ob der Abriss des bisherigen Sitzungssaals und des B-Gebäudes wirtschaftlich sinnvoll ist und zu unkalkulierbaren Risiken für die Sanierung des A-Baus führt.

Ein samstäglicher Markt auf dem Marktplatz ist für Gewerbe und Gastronomie in der Altstadt wesentlich. Um die Innenstadt als Ganzes zu beleben, sollen Marktplatz und Epinay-Platz an allen Samstagen beide ein dauerhaftes und attraktives Marktangebot erhalten. Hierzu wird ein abgestimmtes Konzept für die Nutzung der städtischen Plätze erstellt und erprobt. Auf öffentlichen Flächen sollen vermehrt Begegnungsräume für alle Altersgruppen geschaffen werden.

Für die innerstädtische Kerneinzelhandelszone wird über eine Satzung die Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohnraum verhindert. Zur Vermeidung von Leerstand bei Einzelhandelsflächen wird ein Konzept erarbeitet. Ziel ist die Ansiedlung von inhabergeführten Geschäften in der Innenstadt. Darüber hinaus soll die Innenstadt durch weitere Ansiedlung von Gastronomie, gesundheitlichen Dienstleistungen wie Physiotherapie, Arztpraxen und Wellness gestärkt werden.

Bei der Entwicklung des Gebiets Marxstraße sollen die unterschiedlichen Interessen der Schulen, der Anwohner, der Feuerwehr, des DRK-Vereins sowie des Naturschutzes miteinander in Einklang gebracht werden. Die Notwendigkeit, durch den Verkauf des Grundstückes der Feuerwehr/Mitte finanzielle Mittel für das Projekt "Neubau GAZ" zu erwirtschaften, werden berücksichtigt.

Den Bereich der ehemaligen Hans-Thoma-Schule soll für ein Gebiet mit vielfältigen sozialen Begegnungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Form von Aufenthalts- und Sportmöglichkeiten sowie möglicherweise einer Kindertagesstätte genutzt werden.

3. Haushalt, Ordnung & Sicherheit, Wirtschafts- und Gewerbeförderung

Haushalt und Steuern

Beide Seiten verpflichten sich auf eine nachhaltige, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Haushaltsaufstellung. Es ist klar, dass insbesondere die Finanzierung großer Investitionsvorhaben davon abhängt, ob es möglich ist, im Ergebnishaushalt der Stadt Oberursel die erforderlichen Überschüsse zu generieren.

Steuererhöhungen werden nicht angestrebt. Nach der Grundsteuerreform soll das Gesamtaufkommen und damit die Gesamtbelastung der Bevölkerung konstant bleiben. Die Standortattraktivität Oberursels für Gewerbeansiedlungen soll im Hinblick auf das Gewerbesteuerniveau im Auge behalten werden.

Die einzelnen Bestandteile des städtischen Haushaltes (Produkte) sollen zukünftig verstärkt mit Erfolgskennzahlen bzw. –indikatoren versehen werden. Dazu gehören auch solche des Klimaschutzes.

CDU und GRÜNE bekennen sich zur Finanzierung (weiterer) Kinderbetreuungsaufwendungen im städtischen Haushalt.

Beide Seiten bekennen sich ausdrücklich zur Fortsetzung der Vereinsförderung in Oberursel. Auch bei finanziellen Engpässen soll die Unterstützung von Vereinen nicht zurückgedreht werden. Das Vereinsleben und das bürgerschaftliche Engagement sind wichtig für unser soziales und kulturelles Leben in Oberursel.

Die Kooperationspartner bekräftigen ihre Absicht, für Klimaschutz und verkehrspolitischen Maßnahmen wie Schulwegsicherung und Ausbau sicherer Radwegverbindungen auch die dazu erforderlichen Finanzmittel bereit zu stellen. Gleiches gilt für die Fortsetzung des Ausbaus barrierefreier Straßenkreuzungen und Bushaltestellen.

Durch interkommunale Zusammenarbeit soll das Angebot für die Bürger verbessert werden und gleichzeitig Synergien erzielt werden, ohne unsere kommunale Eigenständigkeit aufzugeben.

Wirtschaft fördern und Verwaltung modernisieren

Attraktive Gewerbeansiedlungsflächen sollen für unterschiedliche unternehmerische Bedürfnisse angeboten werden. Die Wirtschaftsförderung leistet hier einen wesentlichen Beitrag.

Die Digitalisierung der Verwaltung soll vorangetrieben werden. Über ein Bürgerportal sollen die Einwohner ihre Anliegen 24 Stunden / 7 Tage erledigen können. Gleichzeitig erhöhen wir die Effizienz von Verwaltungsprozessen, was mittel- bis langfristig zu Kostenersparnissen führt.

Das Gebäudemanagement der Stadt muss so optimiert werden, dass die Gebäude und Gebäudekomplexe wie z. B. die Stadthalle stärker multifunktional genutzt werden. Auch zukünftig sollen interfraktionelle Arbeitsgruppen bedeutende städtische Investitionsvorhaben begleiten. Damit werden die Ausschussarbeit entlastet, die Sach- und Fachkenntnis der beteiligten Stadtverordneten erhöht und die Entscheidungsabläufe beschleunigt.

CDU und GRÜNE bekennen sich ausdrücklich zur Weiterverfolgung des Projektes „Gefahrenabwehrzentrum“.

Die angestrebte Förderung der E-Mobilität sowie andere verkehrs- und klimapolitische Maßnahmen erfordern möglicherweise auch eine Änderung städtischer Satzungen. Beide Seiten kommen überein, diese entsprechend vorzunehmen.

Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit in der Stadt

Im Bereich Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit streben wir eine Mischung aus behördlichen und präventiven Maßnahmen an. Sofern finanziell möglich, soll die Stadtpolizei personell verstärkt werden. Die sich bewährte „aufsuchende Jugendarbeit“ und „Streetworking“ leisten einen wichtigen Beitrag im Dialog mit der Jugend und soll bei Bedarf auch ausgebaut werden.

Der durch den Hochtaunuskreis organisierte und durch die Stadt Oberursel fallbezogen (z. B. Großveranstaltungen) abrufbare „freiwillige Polizeidienst“ kann das Sicherheitsgefühl unserer Mitbürger unterstützen.

Städtische Unternehmen

Im Bereich des Beteiligungsmanagements und der Steuerung städtischer Gesellschaften und Eigenbetriebe kommen beide Seiten überein, die jeweiligen rechtlichen Konstrukte auf ihre Zweckmäßigkeit im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Klimafreundlichkeit zu überprüfen.

Bürgerbeteiligung stärken

GRÜNE und CDU streben die Schaffung eines gewählten Jugendparlamentes oder Ähnlichem mit Beratungs- und Anregungsfunktion an. Dabei sollen die Erfahrungen aus anderen Kommunen Berücksichtigung finden.

Schließlich soll die Verabschiedung einer Bürgerbeteiligungssatzung durch die Stadtverordnetenversammlung die Bürger*innenbeteiligungsverfahren (so nicht anderweitig durch Gesetz geregelt) systematisieren und transparent machen.

Den Aufbruch wagen und verlässlich bleiben

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in intensiven Diskussionen zu vielen Themen kommunaler Politik Gemeinsamkeiten gefunden und entwickelt. Wir haben nicht den Anspruch dabei, den Stein der Weisen gefunden zu haben und sind deshalb offen für Diskussion, Vorschläge, Anregungen und Kritik. Zudem werden wir alle in den kommenden Jahren mit Themen konfrontiert werden, an die heute noch keiner denkt.

Den Stil unserer intensiven Diskussionen der zurückliegenden Wochen wollen wir beibehalten und hoffen, dass auch die übrigen demokratischen Kräfte in diesem Stil die Debatte in Oberursel prägen:

- Ergebnisoffen
- Mit Respekt für die Meinung der Andersdenkenden
- Neugierig und optimistisch.

Wir laden SPD, OBG, FDP, Linke und Klimaliste dazu ausdrücklich ein, genauso wie unsere künftige Bürgermeisterin. Wir alle haben im Wahlkampf zugesagt, auch die Bürger*innen an Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Lassen wir unseren Worten Taten folgen und packen es an:

Einen neuen Aufbruch für unsere Stadt zu wagen und dabei verlässlich zu bleiben um Vertrauen zu bewahren.

Jens Uhlig
Fraktionsvorsitzender CDU

Thomas Poppitz
Parteivorsitzender CDU

Christina Herr
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ortsvorstand
Ortsvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN